

Infobrief Oktober 2012

Inhalt

Armuts- und Reichtumsbericht.....	2
Die Zocker lachen sich ins Fäustchen – Leidtragende sind die Bürger	2
Steigende Kosten für Kommunen.....	3
Mittelschicht.....	4
Prekäre Lebensverhältnisse - prekäre Beschäftigung.....	4
Umverteilungsrunden.....	5
Bündnis Umfairteilen auch in Heilbronn	5
Termine.....	6

Liebe Freundinnen und Freunde von ATTAC, liebe Mitglieder,

der private Reichtum in Deutschland wird immer größer, das Vermögen des Staates hingegen kleiner. Gleichzeitig werden die Reichsten immer reicher. Das geht aus dem Entwurf für den vierten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung hervor.

Auch die vorhergehenden Armuts- und Reichtumsberichte haben bereits festgestellt, dass die Schere zwischen Armen und Reichen immer weiter aufgeht. Die Verantwortlichen in der Politik scheinen aber nicht Willens oder nicht in der Lage zu sein, dieser ungute Entwicklung mit geeigneten Maßnahmen entgegen zu treten.

In diesem und den nächsten Infobriefen beschäftigen wir uns mit der ungleichen Verteilung des Reichtums in Deutschland, wie politische Entscheidungen zu dieser Ungleichverteilung beigetragen haben und welche Maßnahmen geeignet sein könnten die jahrzehntelange Umverteilung von unten nach oben umzukehren.

Ihre ATTAC-Regionalgruppe Heilbronn

Armuts- und Reichtumsbericht

4. Armuts- und Reichtumsbericht	
Übersicht	
Kurzfassung: Chancen Schaffen, soziale Mobilität ermöglichen	
I.	Auftrag, Ziel und Datenlage
II.	Leitlinien der Bundesregierung
III.	Wichtige Ergebnisse
Inhalt	
Verzeichnis der Infoboxen	
Verzeichnis der Tabellen	
Verzeichnis der Schaubilder	
Teil A: Einführung und Rahmenbedingungen	
I.	Konzeption des Berichts
II.	Gesellschaftliche und ökonomische Rahmenbedingungen
Teil B: Analysefokus soziale Mobilität	
I.	Konzeptionelle Überlegungen zur sozialen Mobilität
II.	Erfolgs- und Risikofaktoren in jungen Jahren
III.	Erfolgs- und Risikofaktoren im jüngeren Erwachsenenalter
IV.	Erfolgs- und Risikofaktoren im mittleren Erwachsenenalter
V.	Erfolgs- und Risikofaktoren im älteren/jährtesten Erwachsenenalter
Teil C: Die Kernindikatoren - Entwicklung seit dem 3. Armuts- und Reichtumsbericht	
I.	Verteilung materieller Ressourcen
II.	Arbeitsmarktbeteiligung
III.	Kinderbetreuung und Bildungseteiligung
IV.	Gesundheit
V.	Wohnen und Mietbelastung
VI.	Wohnungslosigkeit
VII.	Straftätige und ihre Teilhabechancen
VIII.	Sozialpartizipation und soziale Kontakte
IX.	Gesellschaftliche Verantwortung von Reichen und Vermögenden
Teil D: Anhänge	
I.	Gremien der Armuts- und Reichtumsberichterstattung der Bundesregierung
II.	Glossar
III.	Abkürzungsverzeichnis
IV.	Literaturverzeichnis
V.	Tabellen: Kernindikatoren der Armuts- und Reichtumsberichterstattung

Der Wohlstand in Deutschland hat laut dem [Armuts- und Reichtumsbericht](#) zuletzt kräftig zugenommen. Maßgeblich ist dabei das Nettovermögen, zu dem u.a. Immobilien und Geldanlagen gehören.

Das Arbeitsministerium schreibt dazu: "Während das Nettovermögen des deutschen Staates zwischen Anfang 1992 und Anfang 2012 um über 800 Milliarden (0,8 Billionen) Euro zurückging, hat sich das Nettovermögen der privaten Haushalte von knapp 4,6 auf rund 10 Billionen (10.000 Milliarden) Euro mehr als verdoppelt."

Der Bericht stellt fest, dass die Privatvermögen in Deutschland sehr ungleich verteilt sind. „So verfügen die Haushalte in der unteren Hälfte der Verteilung nur über gut ein Prozent des gesamten Nettovermögens, während die vermögensstärksten zehn Prozent der Haushalte über die Hälfte des gesamten Nettovermögens auf sich vereinen.“

Das Abschmelzen der Vermögenswerte der öffentlichen Haushalte sei bereits seit zwei Jahrzehnten zu beobachten. Im Zuge der Rettungsmaßnahmen anlässlich der Finanz- und Wirtschaftskrise sei "eine Verschiebung privater Forderungen und Verbindlichkeiten in staatliche Bilanzen feststellbar".

Die Zocker lachen sich ins Fäustchen – Leidtragende sind die Bürger

Mit Blick auf den Anstieg der Staatsverschuldung in Europa wird häufig von einer europäischen Staatsschuldenkrise gesprochen. Dabei sollte allerdings darauf geschaut werden, wodurch sich die Schulden der Staaten in massiver Weise erhöht haben.

An erster Stelle sind hier verschiedene „Steuerreformen“ zu nennen. Seit den 1980er Jahren wurden Reiche und Kapitalgesellschaften von Gewinn- und Vermögenssteuern entlastet. Deutschlands öffentliche Kassen hätten ohne die Steuersenkungen seit Ende der 90er Jahre jährlich zwischen 20 und 50 Mrd. Euro mehr Einnahmen gehabt. Diese Umverteilung zu Lasten der Allgemeinheit hat zu starken Vermögenskonzentrationen geführt. Diese Vermögen werden jedoch überwiegend nicht für produktive Investitionen verwendet, sondern an die Finanzmärkte getragen. Regierungen aller politischen Richtungen haben diese Finanzmärkte mit immer neuen Freiheiten ausgestattet, die von „Investoren“ zum Spekulieren, für kriminelle Geschäfte und zur Kapitalflucht an Schattenfinanzplätze genutzt wurden. Das Finanzkasino ist inzwischen 8mal so groß wie das Weltsozialprodukt.

Die Spekulationsexzesse brachten 2007/2008 das globale Finanzsystem an den Rand des Zusammenbruchs. Im Zuge der Bewältigung der internationalen Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise sind weltweit die Ausgaben der öffentlichen Haushalte gestiegen. Alle Industrieländer haben Maßnahmen zur Rettung von Banken unternommen. Darüber hinaus wurden weltweit riesige Konjunkturprogramme aufgelegt, um den realwirtschaftlichen Einbruch abzumildern. Zwangsläufig haben Bankenrettungsschirme in vielen Ländern zu einer deutlichen Steigerung der Staatsverschuldung beigetragen. Dabei wird den Steuerzahlern verschwiegen wofür die Gelder verwendet werden und bei wem sie letztendlich landen.

Bundeskanzlerin Angela Merkel sprach 2008 in die Kameras: „Keine Bank darf so groß sein, dass sie wieder Staaten erpressen darf.“ Weder in dieser Richtung hat die Regierung etwas unternommen. Auch die sonstigen Spannungen im Finanzsektor sind weder in Deutschland noch auf der europäischen und schon gar nicht auf der internationalen Ebene beseitigt.

Die europäische Staatsschuldenkrise soll u.a. durch den Fiskalpakt gelöst werden, der es nicht zulässt, dass die Staaten neue Schulden aufnehmen. Wenn in diesem Vertrag davon die Rede davon ist, dass selbst unter außergewöhnlichen Umständen „die mittelfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen“, d.h. der Schuldendienst, zu gewährleisten ist,

dann wird eine Sparpolitik fest geschrieben die darauf hinausläuft, dass die Bedienung von Gläubigern auf der einen Seite einen Druck auf den öffentlichen Sektor ausübt, der zu weiterem Sozialabbau und Privatisierungen führen wird und somit in erster Linie zu Lasten der Allgemeinheit gehen wird.

Informationen zu Fiskalpakt und ESM finden sich auch hier:
<http://www.attac-netzwerk.de/heilbronn/unterlagen/dokumente/>

Steigende Kosten für Kommunen

Wenn die Weltwirtschaft ins Stocken gerät, steigen mit der Zahl der Erwerbslosen die sozialen Kosten für die Kommunen. Gewerbesteuererlöse fallen weg. Dazu kommt, dass Bund und Länder über Jahre mit Steuerpolitik und Verteilungsbeschlüssen viele Städte und Gemeinden an den Rand des Bankrotts gebracht haben .

Die von den Kommunen im Rahmen der Sozialgesetzgebung zu tragenden sozialen Leistungen, zum Beispiel die Zahlung der Grundsicherung im Alter oder bei Erwerbsminderung (Sozialhilfe), sind steigend, obwohl man zugleich feststellen muss, dass ihr Anteil an der Mehrbelastung der Kommunen in den letzten Jahren relativ konstant geblieben ist. Allerdings ist eine sich zuspitzende Entwicklung absehbar:



- Zum Einen wurden den Kommunen soziale Aufgaben gesetzlich zugewiesen, ohne ihnen zugleich die finanziellen Mittel dafür in ausreichendem Maße zur Verfügung zu stellen (z. B. bei Kinderbetreuungsplätzen für unter 3jährige).
- In vielen Städten und Gemeinden (vor allem Großstädten) werden die Unterkunftskosten für Langzeitarbeitslose (nach SGB II von den Kommunen zu zahlen) aufgrund des Rückzugs aus dem sozialen Wohnungsbau und steigender Mietkosten zunehmen.
- Das Aushöhlen der gesetzlichen Rentenversicherung und der darin eingebaute Abbau der Rentenleistungen werden in den nächsten Jahren zu ständig steigender Altersarmut und zunehmender Zahlung einer Grundsicherung als kommunaler Sozialhilfeleistung führen.

Arme Kommunen auf der einen Seite bedeutet den Verlust von Lebensqualität vor unserer Haustür! Freiwillige Einrichtungen wie Theater, Bibliotheken und Schwimmbäder werden geschlossen – oder die Nutzungsgebühren steigen. Klamme Kommunen schieben notwendige Investitionen hinaus. Das Deutsche Institut für Urbanistik (DifU) hat ausgerechnet, dass es aktuell einen "Investitionsstau" von 75 Milliarden Euro gibt – allein für bauliche Maßnahmen wie Schulen, Abwasserkanäle, öffentliche Gebäude, usw.

Gerade die Ärmsten geraten in Bedrängnis, wenn es keine bezahlbaren Kindertagesstätten mehr gibt oder Straßenbahn- und Buslinien eingestellt werden. Teilhabe am öffentlichen Leben wird teurer; Freizeit, Bildung und Kultur, unsere gesamte Lebensqualität leidet unter der kommunalen Notlage.

An diesen Beispielen zeigt sich, dass die Gemeinden einerseits finanziell entlastet werden müssen, andererseits aber auch die Einnahmen der Kommunen erhöht werden müssen. Ein gutes Beispiel für die

Entlastung der Kommunen lieferte kürzlich die Gemeindefinanzkommission. Sie hat im Rahmen der SGB II-„Reform“ vereinbart, dass der Bund schrittweise die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung übernimmt (2012 zu 45%, 2013 zu 75%, ab 2014 zu 100%). Sollte dies Gesetzeswirklichkeit werden, würde dies die Kommunen um einen großen, dynamisch wachsenden Kostenblock entlasten.

Attac fordert schon lange, dass die Gemeinden mit den notwendigen Mitteln ausgestattet werden, wenn der Bund zusätzliche Aufgaben auf sie überträgt. Die jetzt angestrebte Änderung ist ein erster Schritt in die richtige Richtung. Diesem müssen weitere Umverteilungsschritte folgen indem beispielsweise die Anteile der

Gemeinden an den Gemeinschaftssteuern (Umsatzsteuer, Lohn- und Einkommenssteuer, Abgeltungssteuer) erhöht werden, um den Gemeinden ihr Recht zu gewährleisten, das ihnen Art. 28 des Grundgesetzes zuspricht. Sie sollen nämlich alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung regeln. Dass diese Regelungen dem Wohle aller Bürgerinnen und Bürger dienen müssen dürfte sich von selbst verstehen.

Informationen zur attac AG Kommunen finden sich hier:

<http://www.attac-netzwerk.de/ag-kommunen>

Mittelschicht



Der [Armuts- und Reichtumsbericht](#) kommt zu dem Ergebnis, dass die These von der „schrumpfenden Mittelschicht“ nicht zutrifft. Als Indiz für die Stabilität der gesellschaftlichen Mitte werden u.a. die neuesten Befragungsdaten der Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS) aus dem Jahr 2010 gewertet, die zeigen sollen, dass sich in Deutschland rund 60 Prozent der Bevölkerung zur Mittelschicht zählen, so viele wie nie zuvor seit der Vereinigung Deutschlands.

Die Einschätzung der Befragten ist die eine Seite. Wenn man sich aber anschaut, dass sich Menschen zur Mittelschicht zählen, weil sie sich nach unten abgrenzen wollen, bekommt das Bild eine andere Perspektive.

Ulrike Hermann, Redakteurin der taz kommt in einem Gastkommentar

auf Spiegel online zu folgender Einschätzung:

„Die deutsche Mittelschicht stellt die meisten Wähler, verliert aber immer mehr politischen Einfluss. Schuld ist das Bürgertum selbst: Es grenzt sich von den Armen ab, wähnt sich an der Seite der Vermögenden - und stärkt damit genau jene, die sich auf seine Kosten bereichern.“

Der vollständige Artikel ist unter folgendem Link aufrufbar:

<http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/soziale-gerechtigkeit-die-mittelschicht-betruegt-sich-selbst-a-687760.html>

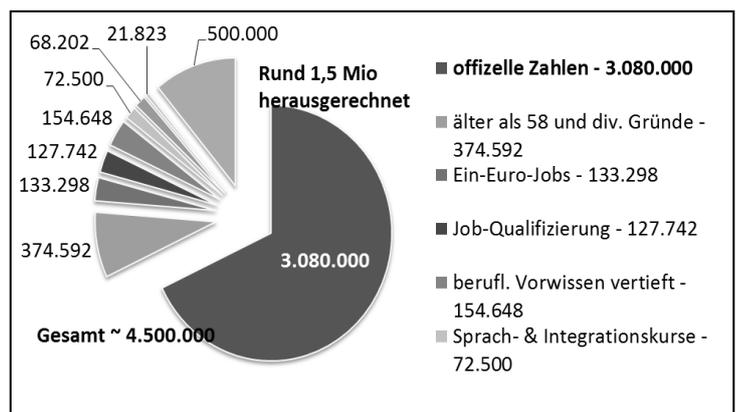
Prekäre Lebensverhältnisse - prekäre Beschäftigung

In Deutschland empfangen ca. 3 Millionen Menschen Arbeitslosengeld I und ca. 5 Millionen Arbeitslosengeld II. Die Bundesagentur für Arbeit nennt für Ende September 2,8 Millionen Arbeitslose. Diese Zahlen sind durch Tricks und Definitionsänderungen geschönt. Eigentlich müsste man ca. 1,4 Millionen Menschen dazu rechnen, die zum Beispiel arbeitssuchend sind, aber nicht gemeldet, die älter als 58 Jahre sind, sich in Qualifizierungsmaßnahmen befinden.

Die geringen Beträge, die die Bedürftigen

erhalten, führen häufig dazu, dass sie ein Leben am Rande der Gesellschaft führen müssen. Um dem zu entgehen lastet auf den Arbeitssuchenden der Druck, jede Arbeit anzunehmen.

Manch ein Arbeitgeber nutzt diese Gelegenheit, um sein Lohnniveau zu senken. So war im Jahr 2010 ein Stundenlohn, der niedriger als 8,50 Euro ist, für 6, 8 Millionen Menschen in Deutschland normal. 4,1 Millionen erhielten sogar nur ein Stundenentgelt, das unter sieben Euro lag.



Auf der anderen Seite zeigt sich aber auch ein für den Normalbürger unermesslicher Reichtum. So stieg die Zahl der Einkommensmillionäre in Heilbronn von 2004 auf 2007 von 32 auf 44 an. Alle zusammen haben doppelt so hohe Einnahmen (jeder im Schnitt über 16 Millionen Euro jährlich) wie die Stadt Heilbronn, die damit alle ihre Aufgaben erledigt.

Diese Entwicklung ist ein Grund dafür, dass auf volkswirtschaftlicher Ebene seit Jahren eine Verschiebung zwischen Lohnquote und Gewinnquote stattfindet. Anders ausgedrückt: Seit dem Jahr 2000 sank der Anteil der Arbeitnehmereinkommen am Volkseinkommen von 72 auf 66 %. Im Gegenzug erhöhte sich der Anteil der Einkommen aus Unternehmensgewinnen und aus Vermögen in gleichem Maße.

Umverteilungsrunden

In der Vergangenheit liefen insgesamt verschiedene Verteilungsrunden ab, die sich immer mehr beschleunigten. Hierzu gehört

- Die Primärverteilung zwischen Arbeit und Kapital
- Die finanzpolitische Verteilung über die Steuern
- Die finanzialistische Verteilung über die Finanzmärkte.

Natürlich gehen diese Entwicklungen nicht spurlos an Heilbronn vorbei. Noch geht es Heilbronn „relativ„ gut - aber der Trend ist eindeutig und auch in Heilbronn werden die Schulden steigen, wenn sich nichts ändert! Hier ein kurzer Stichwort-Katalog:

- Siehe HSt-Artikel: HN mit höchstem Pro-Kopf-Einkommen (Starnberg abgehängt)
- Aber wenig später auch HSt-Artikel: HN hat auch höchste Anzahl an Privat-Insolvenzen
- Bedeutet: Auch in HN klafft die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinander
- Auch für HN gilt – Die Lasten der Kommunen nehmen zu – aber die Einnahmen sinken
- Hohe Belastungen durch BuGa und Straßenbauvorhaben auf Kosten von Einsparungen in sozialen Bereichen wie beispielsweise Kindergärten und Schulen oder im sozialen Wohnungsbau.

Weitere Informationen liefert der Flyer "Prekäre Beschäftigung", der anlässlich der Podiumsdiskussion Strobl, Link, Juratovic, Schneider am 12.04.2012 im Gewerkschaftshaus Heilbronn erstellt wurde:

<http://www.attac-netzwerk.de/heilbronn/unterlagen/dokumente/>

In den folgenden Infobriefen werden wir diese Themen weiter vertiefen.

Bündnis UmFAIRteilen auch in Heilbronn



Die große Vermögen wieder in die Pflicht zu nehmen zur Finanzierung unserer drängenden sozialen Herausforderungen und weitere überfällige Reformen fordert das Bündnis „UmFAIRteilen“. Das bundesweite Bündnis hat seit dem 08.10.2012 auch eine regionale Gruppe in Heilbronn.

Den Anstoß für die Gründung des örtlichen Bündnisses hat unserer Heilbronner Attac-Gruppe gegeben. Wir sind dabei auf offene Ohren bei DGB, ver.di, GEW, der Heilbronner Arbeitsloseninitiative, beim Sozialverband VdK und bei den Parteien Bündnis 90 / Die Grünen, grüne Jugend, SPD und Die LINKE gestoßen.

Konkret fordert das Bündnis

- eine dauerhafte Vermögenssteuer,
- eine einmalige Vermögensabgabe,
- eine Besteuerung von Finanztransaktionen und
- die Schließung von Steueroasen.

Weitere Infos über:

<http://www.attac-netzwerk.de/heilbronn/neuigkeiten/artikel/datum/2012/10/12/buendnis-umfairteilen-gruendete-sich-auch-in-heilbronn/?cHash=7452e8928d236e72fc2ca26fbd687b7>

Wir möchten auch ausdrücklich auf die Veranstaltung des **Bündnismitgliedes VdK** hinweisen. Der Kreisverband des VdK ist **am 14.11.** Mitveranstalter einer **Podiumsveranstaltung** „[Gibt es Altersarmut im Stadt- und Landkreis Heilbronn?](#)“ (siehe auch „Termine“)

Termine

02.11. (Fr)	20:00	Filmabend – Jane’s Journey - Die Lebensreise der Jane Goodall
05.11. (Mo)	18:00	UmFAIRteilen - Bündnistreffen
09.11. (Fr)	19:00	Warum die Banken in die Krise geraten sind und was ihnen und uns noch bevorsteht
14.11. (Mi)	16:30	Altersarmut im Stadt- und Landkreis? VHS Heilbronn, Kirchbrunnenstr. 12
14.11. (Mi)	18:00	HAI – Heilbronner Arbeitslosen-Initiative
14.11. (Mi)	19:00	AG Stadtgärtnern / Urban Gardening
14.11. (Mi)	19:30	AG Nachhaltigkeit
16.11. (Fr)	19:30	AG Grundeinkommen
17.11. (Sa)	18:00	Politischer Filmabend – Soziales Zentrum Käthe
18.11. (So)	10:00	attac – Kennenlernen und Mitsprechen
19.11. (Mo)		EuroFinanceWeek - GEGENProgramm
20.11. (Di)	20:00	Energiedemokratie: Stammtisch EnerGeno Heilbronn
21.11. (Mi)	18:30	Plenum Regionalgruppe Heilbronn
22.11. (Do)	19:30	Solidarische Landwirtschaft - Monatstreffen
28.11. (Mi)	18:00	HAI – Heilbronner Arbeitslosen-Initiative

Mehr Detailinformationen zu den Terminen finden sich unter:

<http://www.attac-netzwerk.de/heilbronn/termine/>

Ihre ATTAC-Regionalgruppe Heilbronn